

Informationsdossier:

10 000 kurdische politische Gefangene im Hungerstreik

„Zwei Sätze des Ministerpräsidenten Erdogan würden ausreichen,
um das Leben der hungerstreikenden Gefangenen zu retten“

Prof. Dr. Gencyay Gürsoy

**Seit dem 12. September sind Hunderte
Gefangene in der Türkei im unbefristeten
Hungerstreik**

Seit dem 5. November weitere 10.000 Gefangene

Straft

**ihre Forderungen
auch unsere Forderungen:**

„Die Aufhebung der Isolationshaftbedingungen gegen Abdullah Öcalan,
die Gewährleistung seiner Gesundheit, Sicherheit und Freiheit sowie die
umfassende Anerkennung der kurdischen Sprache – einschließlich des
Rechtes auf Bildung in der kurdischen Muttersprache und die Aufhebung
jeglicher Assimilationspolitik gegen KurdInnen!“

„Es gibt niemanden, der hungert. Der Justizminister ist dort gewesen. Niemand hungert, jeder isst alles“

Ministerpräsident Recep Tayyip Erdogan

07. November 2012

Herausgegeben

von

**Civaka Azad**
Kurdisches Zentrum für Öffentlichkeitsarbeit e.V.

Civaka Azad - Kurdisches Zentrum für Öffentlichkeitsarbeit e.V.

Bornheimer Landstraße 48, 60316 Frankfurt

Tel: 06984772084, E-Mail: info@civaka-azad.org, Internet: <http://civaka-azad.org>

Inhaltsverzeichnis

Erklärung der Hungerstreikenden.....	3
Erklärung von Civaka Azad zum Hungerstreik	4
Handeln Sie! – Protestmails und Briefe an die türkische Regierung, Menschenrechtsdelegation für die Hungerstreikenden	5
Chronologie des Hungerstreiks.....	6
Statements zum Hungerstreik.....	8
Statements von Menschenrechtsvereinen und NGOs	8
Statements von PolitikerInnen	11
Statements von AkademikerInnen und KünstlerInnen	12
Briefe von den Hungerstreikenden aus dem Gefängnis.....	13

Erklärung der Hungerstreikenden

Deniz Kaya: Ab dem 5. November treten 10 000 politische Gefangene in Hungerstreik

An dem Hungerstreik in den Gefängnissen der Türkei, aufgenommen von 63 politischen Gefangenen der PKK und PAJK am 12. September, sollen ab dem heutigen Tag insgesamt 10 000 politische Gefangene teilnehmen. Dies kündigte Deniz Kaya, Sprecher der Hungerstreikenden, in einer schriftlichen Erklärung an, die am 4. November von der Nachrichtenagentur Firat (ANF) veröffentlicht wurde. Zuletzt betrug die Zahl der Hungerstreikenden etwas mehr als 700. Im Folgenden dokumentieren wir Auszüge aus der Erklärung der Hungerstreikenden:

„[...] An die Öffentlichkeit, an alle MenschenrechtlerInnen und demokratischen Kreise, wir wollen mit unserem Hungerstreik niemanden in die Knie zwingen oder erpressen. Zugleich erlauben wir es aber auch nicht, dass irgendjemand versucht, uns zu erpressen. Als inhaftierte FreiheitskämpferInnen wollen wir erreichen, dass durch unseren Hungerstreik unsere Forderung nach den grundlegendsten Menschenrechten sowie unsere legitimen Forderungen nach sozialen und politischen Rechten in der Öffentlichkeit und der gesamten Welt erhört werden.

Wir sagen, dass niemand die Tyrannei akzeptieren darf und deshalb fordern wir ein Ende der Tyrannei gegenüber unserem Volk. Wer Tyrannei akzeptiert, dem wird ein grausames Ende ereilen. Aber auch Erdogan und seine Schergen sollten wissen, dass ihre Tyrannei, ihr Sultanat, ihr despotisches Regime nicht akzeptiert werden wird, dass ihr Ende schlimm sein wird.

Wir fordern eine Antwort:

Wir fragen die ganze Welt: Wer kann sich gegenüber der Forderung nach juristischer Verteidigung in der eigenen Muttersprache verschließen? Wer kann die Isolation und die Folter an einer Person akzeptieren, die von einem ganzen Volk als dessen Repräsentant akzeptiert wird? Wer kann sich gegen die Friedensverhandlungen mit unserem Vorsitzenden, unserem Repräsentanten stellen, der die Schlüsselfigur für einen Frieden zwischen den Völkern ist. Wir fordern von allen Menschen Antworten auf diese Fragen!

Unsere Antwort ist jedenfalls klar: Wir sagen, dass es uns mit diesem System reicht, welches uns verleugnet und unsere Freiheit nicht akzeptiert!

Wir setzen unsere Körper für eine friedliche und demokratische Lösung der kurdischen Frage und für ein würdevolles Zusammenleben der Völker dem Tod aus. Unsere Aktion ist zugleich auch ein Appell an das Gewissen. Es ist der Appell eines Volkes, welches Unterdrückung und Leid ausgesetzt ist, für ein Ende dieser Unmenschlichkeit, die an uns stellvertretend für die gesamte Menschheit ausgeübt wird. [...]

Wir möchten unserem Volk und der Öffentlichkeit folgendes verkünden:

Unser Hungerstreik, den wir am 12. September aufgenommen haben, dauert inzwischen 54 Tage an. Ab dem heutigen Tag werden wir unsere Aktion auf die nächste Stufe heben. Ab dem 5. November werden wir den Hungerstreik unter Beteiligung von 10 000 Menschen fortsetzen. Ab dann werden in den Gefängnissen der Türkei und Kurdistans alle unsere inhaftierten Freundinnen und Freunde, ausgenommen kranke und ältere Gefangene sowie Kinder, an unserem unbefristeten Hungerstreik teilnehmen.

Wir warnen die AKP-Regierung und den Ministerpräsidenten Erdogan:

Wir rufen alle Kreise, die unsere Aktion nicht ernst nehmen und versuchen, sie zu diffamieren, die Lügen über den Hungerstreik verbreiten und allmögliche Versuche unternehmen, den Hungerstreik zu untergraben, dazu auf, Ernsthaftigkeit an den Tag zu legen. Wenn unsere Forderungen nicht erfüllt werden, werden die AKP-Regierung und der Ministerpräsident Erdogan verantwortlich für alle negativen Konsequenzen sein. [...]"

Im Namen der Hungerstreikenden Deniz Kaya, 4. November 2012

Erklärung von Civaka Azad zum Hungerstreik

Ab heute 10.000 kurdische Gefangene in der Türkei im Hungerstreik!

Von Civaka Azad - Kurdisches Zentrum für Öffentlichkeitsarbeit e.V. / am 05.11.2012

An dem **Hungerstreik** in den Gefängnissen der Türkei, aufgenommen von 63 politischen Gefangenen der PKK und PAJK am 12. September, sollen sich ab dem heutigen Tag insgesamt **10 000 politische Gefangene** beteiligen. Dies kündigte Deniz Kaya, Sprecher der Hungerstreikenden, in einer schriftlichen Erklärung an, welche am 4. November von der Nachrichtenagentur Firat (ANF) veröffentlicht wurde. Zuletzt betrug die Zahl der Hungerstreikenden etwas mehr als 700.

Die Forderungen der Hungerstreikenden an die türkische Regierung lauten: Aufhebung der Isolationshaftbedingungen gegen Abdullah Öcalan, die Gewährleistung seiner Gesundheit, Sicherheit und Freiheit, sowie die umfassende Anerkennung der kurdischen Sprache – einschließlich des Rechtes auf Bildung in der kurdischen Muttersprache, die Verteidigung auf Kurdisch vor Gericht und die Aufhebung jeglicher Assimilationspolitik gegen KurdInnen.

Erdogan kündigte am 3. November in einer Rede an, dass er sich nicht „erpressen“ lassen würde und sprach von einer Wiedereinführung der Todesstrafe. Zudem warnte Erdogan die JournalistInnen, die weiterhin den Hungerstreik und das Todesfasten auf der Tagesordnung halten.

Mehrere Gefangene befinden sich inzwischen an der Schwelle zum Tod. Deniz Kaya unterstrich in seiner Erklärung: **„Wir wollen mit unserem Hungerstreik niemanden in die Knie zwingen oder erpressen. Zugleich erlauben wir es aber auch nicht, dass irgendjemand versucht, uns zu erpressen. Als inhaftierte FreiheitskämpferInnen wollen wir erreichen, dass durch unseren Hungerstreik unsere Forderung nach den grundlegendsten Menschenrechten sowie unsere legitimen Forderungen nach sozialen und politischen Rechten in der Öffentlichkeit und der gesamten Welt erhört werden.“**

In der Erklärung wird die internationale Öffentlichkeit dazu aufgefordert, nicht die Augen zu verschließen: **„Wir setzen unsere Körper für eine friedliche und demokratische Lösung der kurdischen Frage und für ein würdevolles Zusammenleben der Völker dem Tod aus. Unsere Aktion ist zugleich auch ein Appell an das Gewissen. Es ist der Appell eines Volkes, welches Unterdrückung und Leid ausgesetzt ist, für ein Ende dieser Unmenschlichkeit, die an uns stellvertretend für die gesamte Menschheit ausgeübt wird.“**

Unter den Hungerstreikenden befinden sich inhaftierte Abgeordnete, Bürgermeister, AnwältInnen sowie mindestens 9 JournalistInnen, die zu den mehr als 8000 Menschen gehören, die in den letzten 3 Jahren im Rahmen der sogenannten „KCK-Operationen“ gefangen genommen wurden.

Internationale Organisationen wie die Menschenrechtsorganisation Amnesty International und die ärztliche Weltfriedensorganisation IPPNW rufen die türkische Regierung zur Einleitung von dringenden Schritten auf. **Den Hungerstreikenden werden in vielen Fällen der Zugang zu gesundem Wasser, Salz, Zucker sowie dem lebensnotwendigen Vitamin B1 verwehrt.** In einigen Gefängnissen werden die Gefangenen wegen ihrer Teilnahme am Hungerstreik als Sanktion in Isolationszellen gesperrt. Des Weiteren ist einem Untersuchungsbericht der Menschenrechtsorganisation IHD zu entnehmen, dass das Wachpersonal in vielen Gefängnissen gezielt psychischen und physischen Druck auf die Hungerstreikenden ausübt.

Der türkische Ministerpräsident Erdogan leugnete sogar während seines Deutschland-Besuches vergangene Woche gegenüber der Presse die Existenz des Hungerstreiks: „So etwas wie einen Hungerstreik gibt es nicht. Das ist alles nur Show. Mein Justizminister ist in den Gefängnissen

gewesen.“ Zeitgleich räumte in Ankara sein Justizminister Sadullah Ergin allerdings gegenüber seiner deutschen Amtskollegin Leutheusser-Schnarrenberger ein, dass sich 683 Gefangene in 66 Gefängnissen im Hungerstreik befinden würden.

In den vergangenen Tagen kam es aufgrund des Hungerstreiks in zahlreichen Städten Kurdistans und der Türkei bei Solidaritätsdemonstrationen und -kundgebungen zu schwersten Auseinandersetzungen zwischen DemonstrantInnen und der Polizei. Trotz verhängten Versammlungsverboten versammelten sich in vielen Städten zehntausende Menschen, um die Forderungen der Hungerstreikenden zu teilen und die AKP-Regierung zum Handeln zu bewegen. Auch in vielen Städten Europas kam es zu mehreren Solidaritätsaktionen, wie einer Großdemonstration in Brüssel mit tausenden von TeilnehmerInnen und zahlreichen mehrtägigen Solidaritätshungerstreiks.

Handeln Sie! – Protestmails und Briefe an die türkische Regierung. **Menschenrechtsdelegation für die Hungerstreikenden**

Senden Sie Protestbriefe und E-Mails an die türkische Regierung, und fordern Sie diese dazu auf, auf den Hungerstreik zu reagieren.

Durch Briefe und Emails an das türkische Innen- und Justizministerium können Sie die türkische Regierung auffordern, den legitimen Forderungen der Hungerstreikenden Gehör zu schenken und dadurch sowohl einen Beitrag für Frieden und Menschenrechte leisten, als auch sich für das Leben und die Gesundheit der politischen Gefangenen in der Türkei einsetzen.

Richten Sie ihren Protest an folgende Adressen:

- Türkische Botschaft Berlin - Botschafter Hüseyin Avni Karslioglu
Türkische Botschaft Berlin, Runge Straße 9, 10179 Berlin
Telefon:+49 30 275 85 0, Fax:+49 30 275 90 915,
E-Mail:botschaft.berlin@mfa.gov.tr
- Türkische Ministerpräsidialamt – Ministerpräsident R.T. Erdogan
T.C. Basbakanlik, Vekaletler Caddesi Basbakanlik Merkez BinaP.K. 06573Kizilay / ANKARA
Pressezentrale Fax: 0090 312 422 17 99
E-Mail:bimer@basbakanlik.gov.tr
- Innenministerium – Innenminister Idris Naim Sahin
T.C. İçisleri Bakanligi, Bakanliklar / ANKARA
E-Mail:gsekreter@icisleri.gov.tr; mustesarlik@icisleri.gov.tr
- Justizministerium – Justizminister Sadullah Ergin
T.C. Adalet Bakanligi, 06659 Kizilay / ANKARA
E-Mail:info@adalet.gov.tr; Abteilung für Gefängnisse: cigm@adalet.gov.tr

Appell an alle demokratischen und humanistischen Organisationen


Zudem rufen wir alle Menschenrechtsorganisationen und andere Institutionen und Vereine, denen das Leben der Hungerstreikenden wichtig ist, dazu auf, durch öffentliche Stellungnahmen die Untätigkeit der türkischen AKP-Regierung zu verurteilen und diese dazu aufzurufen, auf die Forderungen der Hungerstreikenden zu reagieren. Gerne können Sie uns diese Stellungnahmen zukommen lassen, damit wir diese der türkischen Öffentlichkeit und den Gefangenen zugänglich machen.

Menschenrechtsdelegation für die Hungerstreikenden

Es soll eine Untersuchungsdelegation aus Deutschland in die türkischen Gefängnisse, in denen sich die Hungerstreikenden befinden, organisiert werden. Dort soll u.a. überprüft werden, ob die Rechte der Hungerstreikenden gewahrt werden. Wie der Pressemitteilung zu entnehmen ist, kam es in den letzten Wochen im Umgang mit den Hungerstreikenden zu massiven Menschenrechtsverstößen. PolitikerInnen und MenschenrechtlerInnen werden zur Beteiligung an dieser BeobachterInnendelegation aufgerufen.

Falls auch Sie Interesse an der Teilnahme an solch einer Delegationsreise haben, melden Sie sich bei uns, indem Sie uns eine E-Mail senden an info@civaka-azad.org

Chronologie des Hungerstreiks

- 12. September:** 64 Gefangene der Arbeiterpartei Kurdistan (PKK) und der Partei der Freien Frauen Kurdistans (PAJK) beginnen in 7 Gefängnissen der Türkei einen unbefristeten Hungerstreik mit der Forderung nach der Aufhebung der Isolationshaft von Abdullah Öcalan, der Gewährleistung seiner Gesundheit, Sicherheit und Freiheit, sowie der umfassende Anerkennung der kurdischen Sprache – einschließlich im Bildungs- und Justizwesen.
- 
- 22. September:** 88 weitere Gefangene der PKK und PAJK schließen sich aus 9 Gefängnissen dem unbefristeten Hungerstreik an.
- 26. September:** Delegation des IHD (Menschenrechtsverein) zu Besuch im Silivri -Gefängnis: „Die 15 Hungerstreikenden werden misshandelt.“
- 5. Oktober:** 220 weitere Gefangene beteiligen sich an dem Hungerstreik.
- 15. Oktober:** 301 weitere Gefangene beteiligen sich am Hungerstreik, darunter auch der inhaftierte BDP-Abgeordnete Faysal Sariyildiz und der Bürgermeister von Van, Bekir Kaya.
- 16. Oktober:** 13 weitere Gefangene beginnen mit der Nahrungsverweigerung.
- 19. Oktober:** Giyasettin Yalcin und Sait Kaya aus dem E-Typ-Gefängnis von Mersin beginnen mit dem Hungerstreik.

- 22. Oktober:** 10 Gefangene aus dem M- Typ-Gefängnis von Batman geben bekannt, sich am Hungerstreik zu beteiligen.
- 23. Oktober:** Halil Dag, Celal Binici und Halil Ibrahim Celikdemir schließen sich im Tokat-Gefängnis dem Hungerstreik an.
- 26. Oktober:** Drei Frauen aus dem E-Typ-Gefängnis, darunter auch BDP-Abgeordnete Gülseren Yildirim.
- 29. Oktober:** Der türkische Ministerpräsident Erdogan äußert sich zum ersten Mal zum Hungerstreik: „Es gibt niemanden, der hungert. Der Justizminister ist dort gewesen. Niemand hungert, jeder isst alles.“
- 30. Oktober:** Caglar Demirel beteiligt sich im E-Typ-Gefängnis am unbefristeten Hungerstreik.
- 30. Oktober:** Ausschreitungen überschatteten die Türkei. In fast allen Städten der Türkei und Kurdistans finden massive Proteste statt, die fast ausnahmslos von den türkischen Sicherheitskräften gewaltsam attackiert werden. Es kommt zu hunderten von Festnahmen. Gefechte zwischen Demonstrierenden und der Polizei dauern noch bis in die späten Abendstunden an.
- 31. Oktober:** Der Sprecher der Hungerstreikenden Deniz Kaya erklärt: Kommt es zur gewaltsamen Intervention wird die Anzahl der Hungerstreikenden auf 10.000 erhöht werden.
- 31. Oktober:** Erdogan definiert den Hungerstreik auf einer Pressekonferenz als „Show“, „so etwas gibt es nicht“. Zeitgleich erklärt der türkische Justizminister seiner deutschen Amtskollegin in Berlin, dass sich in 66 verschiedenen Gefängnissen 683 Personen im Hungerstreik befinden. Erdogans Besuch in Berlin wird von Protesten der KurdInnen, AlevtInnen und ArmenierInnen begleitet.
- 31. Oktober:** Staatspräsident Gül erklärt: „Um den Hungerstreik muss sich gekümmert werden, ansonsten wird die Lösung in noch weitere Ferne gerückt werden.“
- 01. November:** Angriffe faschistischer Gruppen auf Solidaritätsdemonstrationen, die seit Wochen andauern. Dabei traf eine Kugel einen Demonstranten am Kopf. Der Mann schwebt in Lebensgefahr.
- 01. November:** Die Polizei setzt gegen die seit Tagen andauernden Demonstration in Geveer (Yüksekova) neben Tränengasgranaten auch scharfe Waffen ein.
- 01. November:** Zahlreiche Intellektuelle bekunden ihre Solidarität mit den Hungerstreikenden.



- 03. November:** In Brüssel protestieren etwa 6.000 Menschen aus Solidarität mit den Hungerstreikenden.
- 03. November:** In Amed (Diyarbakir) kam es zu einer Großdemonstration, die von türkischen Sicherheitskräften gewaltsam niedergeschlagen wurde. Die Bilder ähneln denen eines Bürgerkriegs.
- 04. November:** Unter der Führung des HDK (Demokratischer Kongress der Völker) kam es in Istanbul zu massiven Protesten gegen die Haltung des türkischen Ministerpräsidenten.
- 04. November:** Erdogan erinnert an das Todesurteil von Abdullah Öcalan und spricht über die Wiedereinführung der Todesstrafe.
- 04. November:** Deniz Kaya: „Ab dem 5. November wird der Hungerstreik von 10.000 Gefangenen durchgeführt.“
- 05. November:** Der stellvertretende Ministerpräsident Bülent Arinc erklärt, dass Abdullah Öcalan unter bestimmten Bedingungen wieder seine Anwälte empfangen dürfe und über eine Gesetzesänderung, die die Verteidigung auf Kurdisch vor Gericht ermöglicht, diskutiert werden könnte.
- 05. November:** Der Antrag der AnwältInnen von Abdullah Öcalan auf Besuch ihres Mandanten wird zum 131. Mal in Folge wegen einer „defekten Fähre“ abgelehnt. Seit dem 27. Juli 2011 konnten Öcalans AnwältInnen nicht mehr auf die Gefängnisinsel Imrali reisen.



Statements zum Hungerstreik

Statements von Menschenrechtsvereinen und NGO`s

Amnesty International: „Amnesty International hat die ernsthafte Befürchtung, dass die Türkei die Rechte von Gefangenen im Hungerstreik nicht berücksichtigt. (...) Die Hungerstreikenden führen einen friedlichen Protest durch und es ist die Pflicht der Türkei das Recht der Gefangenen auf freie Meinungsäußerung und diese Form des Protestes anzuerkennen. (...)Amnesty International appelliert an die Türkei Maßnahmen zu treffen, die sicherstellen, dass die Hungerstreikenden keinen weiteren Strafmaßnahmen ausgesetzt werden und jegliche Art von Folter und Misshandlungen sofort unterbunden wird. Die Hungerstreikenden müssen Zugang zu professioneller ärztlicher und medizinischer Versorgung bekommen.“



**AMNESTY
INTERNATIONAL**

IPPNW: „Der TTB hat zudem Informationen erhalten, dass sich einige der Streikenden – anders als bei vorangegangenen Hungerstreiks – weigern würden, Salz, Zucker und das überlebensnotwendige Vitamin B1 zu sich zu nehmen. (...)Als ärztliche Friedensorganisation, die 1985 mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet wurde, bitten wir Sie, sich gegenüber der türkischen Regierung dafür einzusetzen, keine



Strafmaßnahmen gegen Gefangene zu unternehmen, die sich dem Hungerstreik angeschlossen haben.

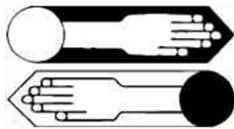
Bitte wirken Sie darauf hin, dass den Hungerstreikenden jederzeit Zugang zu der notwendigen medizinischen Behandlung gewährt wird und tun Sie alles in Ihrer Macht stehende, um weiteres Leid der Gefangenen zu vermeiden.“

Zentralrat des Verbandes der Türkischen ÄrztInnen (TTB): „Wir rufen die Verantwortlichen erneut



dazu auf, Verantwortung zu übernehmen. Maßnahmen der Gefängnisleitungen wie Isolation darf den Gefangenen keineswegs aufgezwungen werden. Vor den anstehenden Feiertagen muss dringend gesundes Trinkwasser, Salz, Zucker und das lebensnotwendige Vitamin B1 beschafft und an die Hungerstreikenden ausgehändigt werden. Es muss deutlich gemacht werden, dass in dieser empfindlichen Phase unangebrachtes Verhalten den Tod mit sich bringen kann.“

Tüday Menschenrechtsverein Türkei / Deutschland: „Die Auswahl eines Hungerstreiks als eine



politische Protestform ist ein Indiz für die prekäre politische Lage und das Ausmaß des türkisch-kurdischen Konfliktes. Somit liegt es auch an der derzeitigen AKP- Regierung, die legitimen Forderungen der Hungerstreikenden, die Isolationshaft von Öcalan aufzuheben und die Gespräche für den

Friedensprozess wieder einzuleiten, zu entsprechen. In diesem Sinne rufen wir alle Menschenrechtsorganisationen, demokratische und zivilgesellschaftlichen Akteure dazu auf, ihren Protest an das türkische Justizministerium kundzutun um die notwendigen Schritte für ein offenes Besuchsrecht von Menschenrechtsorganisationen in den Gefängnissen herzustellen und sich für eine friedliche Lösung des Konfliktes einzusetzen.“

Prof. Dr. Andreas Buro für den Dialog-Kreis: „In der Türkei sind Hunderte kurdischer Gefangener in den unbefristeten Hungerstreik getreten. (...) Für sie besteht Lebensgefahr.



(...)Sie, Frau Bundeskanzlerin, können im Gespräch mit dem türkischen Ministerpräsidenten das deutsche Interesse an einer friedlichen und menschenrechtlichen Lösung des Konflikts darstellen, zumal in der Bundesrepublik etwa eine Million Menschen kurdischer Herkunft leben.“

Die Linke. Landesverband Bayern: „Wir solidarisieren uns mit den Hungerstreikenden und sind



zutiefst besorgt. Der Hungerstreik verbleibt als das einzige Mittel, um auf die gravierenden Missstände hinzuweisen.

Die Forderung der Hungerstreikenden, die eigene Muttersprache auch vor Gericht zu verwenden, ist eine Grundvoraussetzung für ein rechtsstaatliches Verfahren. Die Aufhebung der strengen Kontaktsperre von Abdullah Öcalan auf der Gefängnisinsel Imrali ist begründet durch die überall gültigen Menschenrechte. Sie ist auch eine der Voraussetzungen für die Aufnahme eines konfliktlösenden Dialogs zwischen dem türkischen Staat und der kurdischen Bevölkerung. Der Reformkurs zur Lösung des kurdischen Konflikts muss wieder aufgenommen werden, bevor durch die Hungerstreiks irreparable gesundheitliche Schäden entstanden oder unter den Hungerstreikenden Tote zu beklagen sind.“

Ceni – Kurdisches Frauenbüro für Frieden: „Ceni unterstützt die Forderungen der Hungerstreikenden



Gefangenen und ruft zu Solidaritätsaktionen auf. Auch in Europa müssen wir den Forderungen der Hungerstreikenden Gehör verschaffen. Der Krieg und die Repressionen gegen die kurdische Bevölkerung in der Türkei aber auch der wachsende Widerstand gegen die menschenverachtende Politik der AKP- Regierung haben ein Ausmaß erreicht, welches die Dringlichkeit einer politischen Lösung der kurdischen Frage stärker denn je vor Augen führt.“

Kurd-Akad. Netzwerk Kurdischer AkademikerInnen: „Ein breites Spektrum in der Türkei, unter ihnen hunderte AkademikerInnen, ruft zum Einlenken seitens der Regierung und damit zum Dialog sowie zur Aufnahme von Verhandlungen auf. Auch wir kurdischen AkademikerInnen aus Deutschland fordern die Verantwortlichen zum sofortigen Einlenken auf und unterstützen die legitimen Forderungen der Hungerstreikenden.“



YEK-KOM: „Die stillschweigende und menschenverachtende Politik der AKP-Regierung in der Türkei führt zusätzlich zu einer extremen Zuspitzung der Lage, obwohl genau diese Forderungen die wichtigsten Aspekte zur zwingenden Lösung der kurdischen Frage und somit zur Demokratisierung der Türkei darstellen.(...) Auf Grund dessen sind wir als Föderation der kurdischen Vereine in Deutschland (YEK-KOM e.V.) solidarisch mit den Forderungen der Hungerstreikenden und rufen alle Organisationen und mitfühlende Bürger im Namen der Menschlichkeit dazu auf, sich mit den Gefangenen zu verbünden und die Solidaritätsaktion zu unterstützen.“



Die Bundestagsfraktion DIE LINKE: „Die Menschenrechtslage in der Türkei hat sich im letzten Jahr dramatisch zugespitzt. Über 100 Journalisten, viele Gewerkschafter und Intellektuelle und über 10000 Oppositionelle – zumeist kurdische Politikerinnen und Politiker - sitzen mittlerweile in türkischen Gefängnissen. Rund 700 von ihnen, darunter auch Parlamentsabgeordnete, Bürgermeister und Journalisten, sind zum Teil bereits seit dem 12. September in einen unbefristeten Hungerstreik getreten. Während der Gesundheitszustand einer Reihe von hungerstreikenden Gefangenen mittlerweile lebensbedrohlich ist, wollen sich weitere 10.000 politische Gefangene ab dem 5. November dem Hungerstreik anschließen. Ihre zentralen Forderungen sind die Beendigung der Isolationshaft von vielen Gefangenen, darunter auch Abdullah Öcalan, und die Zulassung der kurdischen Sprache vor Gerichten und an Schulen. Die Fraktion fordert von der Bundesregierung, die schlimme menschenrechtliche Lage in der Türkei endlich zur Kenntnis zu nehmen und die Regierung Erdogan bei ihrer minderheitenfeindlichen und repressiven Politik nicht weiter zu unterstützen. Die Fraktion fordert die Regierung Erdogan auf, endlich in Verhandlungen mit den Hungerstreikenden zu treten.“



Statements von PolitikerInnen

Claudia Roth und Cem Özdemir, Bundesvorsitzende von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: „Die türkische Innenpolitik kann nur zum sozialen und gesellschaftspolitischen Frieden im Lande beitragen, wenn demokratische Werte, Menschen- und Bürgerrechte sowie Freiheitsrechte im vollen Umfang gelten und gelebt werden können. Sie sind die Basis, auf der der Staat mit den hunderten von Hungerstreikenden in den türkischen Gefängnissen verhandeln und die Kritik an den Zuständen in den Gefängnissen und in der Justiz konstruktiv aufgreifen muss.“



Annette Groth, menschenrechtspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE: „Wir erwarten von Frau Merkel, dass sie sich deutlich für einen Demokratisierung der Türkei und einen Friedensprozess in den türkischen kurdischen Gebieten ausspricht. Frau Merkel muss insbes. die dramatische Lage der hungerstreikenden kurdischen Gefangenen thematisieren. Viele von ihnen befinden sich in einer ernstesten gesundheitlichen Lage. Isolationshaft, die häufig angewandt wird, ist



eine schwere Verletzung der Menschenrechte. Isolationshaft ist Folter und verstößt gegen die Anti-Folter-Konvention. (...)Die Fraktion DIE LINKE unterstützt die Forderungen nach kultureller und politischer Autonomie für die Menschen in den kurdischen Gebieten der Türkei und fordert ein Ende der strukturellen Benachteiligung von Kurdinnen und Kurden.“

Gemeinsame Erklärung der Fraktionsmitglieder der Linken, Heidrun Dittrich, Ulla Jelpke, MdB, Harald Weinberg:



„In türkischen Gefängnissen gibt es nur eine mangelhafte medizinische Versorgung. Gefangene müssen sich zudem oftmals im Beisein von Wärtern und Soldaten untersuchen lassen. Es wird systematisch gefoltert, viele Wärter werden u.a. gemäß der "Panama Schule", einer Schulungsmethode von Foltermethoden, ausgebildet. (...)“



Wir unterstützen die Forderungen der hungerstreikenden politischen Gefangenen in der Türkei. Eine friedliche Lösung der kurdischen Frage ist nur möglich, wenn alle beteiligten Akteure in einen Dialog treten. Dazu sind die Freilassung Abdullah Öcalans und die Einhaltung der Menschenrechte in der Türkei Grundvoraussetzungen.“



Gregor Gysi, Fraktionsvorsitzender der Linken: „Warum kann man den Kurdinnen und Kurden nicht in vollem Umfang ihre Kultur, ihre Sprache, ihre Nationalität lassen kann. Was ist denn daran eigentlich so schlimm.“



Andrej Hunko, MdB Die Linke: „Noch immer befinden sich acht der im Juni 2011 gewählten Abgeordneten im Gefängnis, weitere Abgeordnete sollen inhaftiert werden. Rund zwei Dutzend gewählte Bürgermeister/innen in den kurdischen Gebieten sind ebenso inhaftiert, wie mehr als 100 Journalist/innen und Tausende Aktivist/innen meist kurdischer oder linker Parteien. Der von großen Teilen der kurdischen Bevölkerung als Oppositionsführer anerkannte

Abdullah Öcalan ist seit 15 Monaten in Isolationshaft. 750 politische Gefangene befinden sich derzeit im Hungerstreik.“

Bettina Jürgensen, Vorsitzende der DKP: „Diese Forderung stellen für uns Grundlagen einer demokratischen Gesellschaft dar und sind von der türkischen Regierung sofort zu erfüllen. Ohne dies ist außerdem die dringend notwendige friedliche Lösung der kurdischen Frage nicht möglich, der Konflikt würde noch weiter eskalieren. Das kurdische und das türkische Volk wollen endlich Frieden und diesem Verlangen muss die AKP-Regierung entsprechen.“



Demirtas und Kisanak, Co- Vorsitzende der Partei für Frieden und Demokratie BDP: „Sie werden zustimmen, dass diese Forderungen von zahlreichen Kreisen der gesamten Gesellschaft, die Frieden und eine demokratische Lösung fordern, in der Türkei Unterstützung finden. Als BDP sind wir überzeugt, dass die kurdische Frage nur durch Verhandlungen und Dialog gelöst werden kann. In diesem Zusammenhang erachten wir die Forderungen als legitim und gerechtfertigt.“



Sezgin Tanrikulu, stellvertretender Vorsitzender der Republikanischen Volkspartei CHP: „Die



Verantwortung trägt in erster Linie die Regierung. Statt nach einer Lösung zu streben machen bedauerlicherweise der Ministerpräsident und die Sprecher der AKP von einer noch weiter eskalierenden Ausdrucksweise Gebrauch. Es handelt sich bei der Verteidigung in der Muttersprache um eine Angelegenheit, die die Justiz an diesen Punkt getragen hat. Diesen Mut hat die Justiz von der Regierung bekommen. Obwohl es im Gesetz nirgendwo geschrieben steht (dass die Verteidigung in der kurdischen Sprache verboten ist), vertritt die Justiz eine politische Haltung und verhindert die Verteidigung (der kurdischen PolitikerInnen) seit 3 Jahren. Diesen Weg kann nur die Regierung allein öffnen.“

Melda Onur, Abgeordnete der Republikanischen Partei CHP: „Die Menschen in der Öffentlichkeit



entwickeln keine Empathie. ‚Wer nicht zu mir gehört, der kann ruhig sterben; das interessiert mich nicht weiter‘. Dabei sollte die politische Einstellung der Menschen, die auf den Tod zugehen, nicht Grund für unsere Empfindungslosigkeit sein. Wir dürfen dem Sterben nicht zu sehen. Der Preis dessen wäre für die Türkei sehr hoch. Wenn wir nicht wollen, dass der Hungerstreik ähnliche Ausmaße wie im Jahre 2001 erreicht, dann müssen wir sofort handeln.

Statements von AkademikerInnen und KünstlerInnen



Prof. Judith Butler, University of California: „Die türkische Regierung muss in einen ernsthaften Dialog mit den Gefangenen treten, die aktuell in ihr Leben riskieren, um die Ungerechtigkeit aufzuzeigen, unter der sie zu leben haben.“



Prof. Michael Taussig, Columbia University: „An den türkischen Staat: Bitte kümmern Sie sich umgehend um das Wohlergehen dieser mutigen Gefangenen.“



Prof. Christine Allison, University of Exeter: „Eine Frage der Menschenrechte. Die Möglichkeiten des Dialogs müssen sondiert werden.“



Prof. Büsra Ersanli, Marmara Universität Istanbul: „Weil die Forderungen (der Gefangenen) legitim sind.“



Zülfü Livaneli, Komponist, Schriftsteller und Regisseur:

„Ungeachtet von Meinungsunterschieden messen wir einem Menschenleben hohen Wert bei. Meiner Meinung nach sind diejenigen, die sich im Todesfasten befinden, nicht die Verantwortlichen. Ich denke nicht, dass man zu einer Lösung kommt, wenn man mit

ihnen spricht. Man kann es aber auch nicht dabei belassen. Weil, so sagen wir, ein Menschenleben den höchsten Stellenwert hat. Er [der Hungerstreikende] sagt, mein Anliegen ist wichtiger als mein Leben. Dies ist ein fundamentaler Unterschied. Die hier verantwortliche Seite ist die Regierung, genauer gesagt, der Ministerpräsident, also die türkische Regierung. Diskurse sind in der Türkei sehr wichtig. An die Würde, Integrität und Ehre der Menschen zu appellieren ist das eine, diese Werte zu verdrehen ist etwas anderes.“

Türkische AkademikerInnen: „Um ihre Forderungen auf die Tagesordnung zu bringen, setzen sie ihr Leben aufs Spiel. Ob wir ihre Methode gutheißen oder nicht ändert nichts an der Tatsache, dass es hier um Menschenleben geht. Das drohende Drama ist offensichtlich: Solange die Regierung den Hungerstreikenden kein Gehör schenkt, nähern sich mehr als tausend junge Menschen Schritt für Schritt ihrem Tod. Angesichts eines solchen Schreckensszenarios darf kein Mensch schweigen.“

Briefe von den Hungerstreikenden aus dem Gefängnis

Baris Mete wurde 1975 in Malatya geboren und befindet sich seit 7 Jahren in Gefangenschaft. „Seit 7 Jahren befinde ich mich im Gefängnis. Ich habe noch 1 ½ Jahre abzusitzen. Wie bekannt ist, wächst die Isolation unseres Vorsitzenden Apo von Tag zu Tag. Der faschistische Staat verweigert unserem Vorsitzenden den Kontakt zu seiner Familie und seinen AnwältInnen. Diese Haltung ist ein Beweis dafür, dass der Staat gegen die Freiheit des kurdischen Volkes ist.“

Das kurdische Volk hat überall kundgetan, dass es sich beim Vorsitzenden Apo um seinen politischen Repräsentanten handelt. Der Staat möchte dies jedoch nicht akzeptieren. Die Verleumdungs- und Liquidationspolitik wird fortgeführt. Aus diesem Grunde ist die seit 15 Monaten andauernde erschwerte Isolation gegenüber unserem Vorsitzenden nicht zu akzeptieren. Das kurdische Volk sagt, „Das Dasein von unserem Vorsitzenden ist unser Dasein, seine Freiheit ist unsere Freiheit“. Solange der Vorsitzende Apo nicht frei gelassen wird, kann nicht behauptet werden, dass der wahre Wille des kurdischen Volkes wiedergespiegelt wird. Der Staat formt einen Willen des kurdischen Volkes nach eigenen Vorstellungen, der wahre Wille wird nicht akzeptiert. Der Vorsitzende ist die Brücke des Friedens und der Geschwisterlichkeit zwischen den Völkern.

Durch die Fortdauer der erschwerten Isolationshaft des Vorsitzenden Apo wird sich der Krieg weiter intensivieren. Durch unsere Aktion wollen wir auf die Isolation des Vorsitzenden Apos aufmerksam machen. Die Isolation muss sofort beendet werden. Die Voraussetzungen für seine Gesundheit müssen sofort geschaffen werden. Dadurch wird der Weg für seine Freiheit geöffnet. Der Vorsitzende ist der Bote des Friedens. Seit Jahren leistet er seinen Dienst für den Frieden. Bedauerlicherweise sind der Staat und die faschistischen Kreise diesem Ruf nicht gefolgt. Sie beharren auf Krieg. Die Schuld für das Fortdauern des Krieges trägt der türkische Staat. Nach den Verhandlungen von Oslo und Imrali nannte unser Vorsitzender dem Staat drei Bedingungen. Bedauerlicherweise hat die AKP-Regierung diese Forderungen abgelehnt und an seiner Vernichtungs- und Verleugnungspolitik der KurdInnen festgehalten. Dies hat Krieg und Sterben zur Folge. Wir fordern die Freiheit unseres Vorsitzenden und ein Ende der Vernichtung und Verleugnung unseres Volkes. Wie bekannt, wird uns nicht gestattet, uns in einer anderen Sprache als der türkischen zu verteidigen. Tausende KurdInnen dürfen sich vor Gericht nicht in ihrer Muttersprache verteidigen. Diese Haltung ist inakzeptabel. Mit dieser Aktion fordern wir auch, dass jede/r sich vor Gericht in seiner/ihrer Muttersprache verteidigen kann. Bis die KurdInnen dieses Recht zugesprochen bekommen, werden wir diesen Kampf fortführen. Bis wir unsere Rechte erhalten, werden wir diese Aktion fortsetzen. Für die möglichen Todesopfer trägt die AKP-Regierung die Verantwortung. Das kurdische Volk soll unserer Aktion Gehör verschaffen und für sie eintreten. Auch unsere Familien sollen nicht darauf bestehen, dass wir unsere Aktion beenden. Bis zur Freilassung unseres Vorsitzenden werden wir die Aktion nicht beenden. Wir glauben daran, dass der Vorsitzende Apo durch unsere Aktion die Freiheit erlangen wird, und dass wir Erfolg haben werden.“

In seinem Brief forderte **K. Firat Vural** seinen Vater und seinen Onkel, die als Dorfschützer tätig sind, dazu auf, die Waffen niederzulegen. „Ich bin im Landkreis Diyadin von Agri zur Welt gekommen. Seit zwei Jahren befinde ich mich hinter Gittern. Ich bin Jura-Student an der Universität von Istanbul. Der Grund dieser Aktion ist das seit 13 Jahren gegen unseren Vorsitzenden angewendete Foltersystem, eine Isolation, die sich in den 13 Jahren ständig ausweitete. Seit 14 Monaten verläuft dies auf eine gottlose Weise¹. Wir können keinerlei Nachrichten von unserem Vorsitzenden erhalten. Der Vorsitzende Apo leistet gegen diese Vernichtung und Folter Widerstand. Bei Imrali handelt es sich um ein System, dem jede, die sagt „ich bin Mensch“ aktiv entgegentreten muss. Auch ich möchte eine Antwort auf den 13-jährigen Widerstand des Vorsitzenden Apo sein. Ohne den Vorsitzenden Apo kann kein würdevoller Frieden verwirklicht werden. Unser Volk hat hierzu eine eindeutige Haltung. Auch das türkische Volk muss zu dieser Haltung gelangen. Ansonsten kann kein würdevoller Frieden geschaffen werden. Unser Volk muss sich noch aktiver am Aufstand des Revolutionären Volkskrieges beteiligen. Durch eure Vermittlung rufe ich in erster Linie meinen Vater, der Dorfschützer ist, meinen Onkel, der Führer der Dorfschützer ist, und alle anderen Dorfschützer dazu auf, die Waffen niederzulegen. Sie müssen die Ehrenhaftigkeit erreichen, sich bei unserem Volk zu entschuldigen und an der Seite unseres Volkes kämpfen. Ansonsten werden sie als Kollaborateure in die Geschichte Kurdistans eingehen. Auch wenn diese Aktion im Vergleich zum 13-jährigen Widerstand des Vorsitzenden Apo nur ein Tropfen im Ozean ist, betrachte ich diese Aktion als gewissenhafte und moralische Verantwortung. „Wie schön es ist Widerstand zu leisten“, sich der Tradition würdig zu erweisen, erweckt in einem unglaublich starke Gefühle. Wir können die Freiheit unseres Vorsitzenden und unseres Volkes durch den Widerstandsgeist des 14. Juli erreichen².

Der 20-jährige **Kerem Irmak** drückt in seinem Brief aus, dass er sich für eine Lösung und für Frieden an dieser Aktion beteiligt. „Ich bin im Landkreis Kop von Mus geboren. Seit eineinhalb Jahren befinde ich mich in Haft. Ein würdevoller Frieden und ein würdevolles Leben können nur mit dem Repräsentanten des kurdischen Volkes verwirklicht werden. Einige Kreise reden von einer Lösung und einem Frieden ohne den Repräsentanten des kurdischen Volkes. Dies werden wir niemals akzeptieren. Das kurdische Volk verlangt ein Leben mit ihrem Repräsentanten in Frieden. Dass der Krieg solch ein Ausmaß angenommen hat, ist auf die Isolation des Vorsitzenden zurückzuführen. Weder das kurdische Volk noch der Vorsitzende waren jemals für den Krieg. Der Schrei nach Frieden muss endlich gehört werden. Die Öffentlichkeit muss endlich ihre Augen öffnen. Alle, die für den Frieden sind, müssen unsere Aktion unterstützen. In dieser Phase an einer weisen und historischen Aktion teilzuhaben, erfüllt einen mit großem Stolz. Für die Freiheit des Vorsitzenden in Aktion zu treten verleiht einem Würde. Es erfüllt einen wirklich mit Stolz, im Gefängnis an einer solch historischen Aktion mitzuwirken. Freunde haben ihre Leben für die Freiheit des Vorsitzenden geopfert. [...]Wir werden immer für unser Volk und unseren Vorsitzenden kämpfen. Egal was auch kommen mag, wir werden niemals aufgeben und siegen.“

Yildirim Turgut, der 1982 in Diyarbakir geboren wurde, schildert in seinem Brief folgendes: „Ich bin in Amed geboren. Ich habe aber lange Zeit in Semsur gelebt. Seit 6 Jahren befinde ich mich in Haft. Ich wurde zu einer Strafe von 13 Jahren verurteilt, von denen ich noch 4 Jahre abzusitzen habe. Warum habe ich mich an einer solchen Aktion beteiligt? Die Notwendigkeit ist offensichtlich. Die Lösung

¹ Seit 14 Monaten werden mit willkürlichen Begründungen Abdullah Öcalan Gespräche mit seinen Anwälten verwehrt. Nach türkischem Gesetz hat er eigentlich wöchentlichen Anspruch auf Anwaltskonsultationen.

² Am 14. Juli 1982 traten im Gefängnis von Amed (Diyarbakir) aus Protest gegen die unmenschlichen Gefängnisbedingungen zahlreiche PKK Gefangene in ein Todesfasten. Bei diesem Todesfasten verloren Mehmet Hayri Durmus, Kemal Pir, Ali Çiçek und Akif Yilmaz ihr Leben.

dieser Situation ist nahe. Es wird eine Phase sein, die wir durch unsere Körper, unserem Verstand und unserem Geist aufgebaut haben. Das Hauptziel dieser Aktion ist die Freiheit unseres Vorsitzenden. Seine Gefangenschaft und Isolation verletzen uns zutiefst. Es ist die Aufgabe jedes aus Kurdistan stammenden Menschen, dafür zu sorgen, dass dies ein Ende hat. Die Botschaft, die ich der Öffentlichkeit übermitteln möchte, ist, dass der Erfolg dieser Phase in unserer Hand liegt. Diese Phase werden wir mit dem Sieg abschließen. Wenn die Menschen in den Gefängnissen entschlossen kämpfen, in Kurdistan unglaubliche Fortschritte erzielt werden, dann liegt dies an unserer Kraft unserer Basis. Ohne vom Staat etwas zu verlangen, müssen sämtliche Brücken abgebrochen werden. Wir müssen uns noch mehr radikalieren und uns so auf diese Phase stürzen. Der Sieg wird unser sein. Die Bedeutung dieser Aktion liegt in der Symbolik unseres Vorsitzenden für die Befreiung eines Volkes. Die Isolation des Vorsitzenden ist die Isolation eines Volkes. Wir sind entschlossen. Unsere Hoffnung ist groß. Ich bin Türke. Meine Muttersprache ist Türkisch. Ich habe Bildung in meiner Muttersprache erhalten. Aber in Kurdistan wurde eine Assimilationspolitik betrieben. Als ein Türke konnte ich dem nicht stillschweigend zusehen. Das kurdische Volk hat immer seine Würde und Identität bewahrt. Dass gegen all die Unterdrückung ein solcher Widerstand geleistet wurde, ist eine große Quelle der Moral. Es hat für mich als Türke eine immense Bedeutung, an diesem Widerstand teilzuhaben.“
